

II-4093 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2020 7J

1982 -07- 08

A N F R A G E

der Abgeordneten PROBST, GRABHER-MEYER
an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend verstärkte Heranziehung der freiberuflichen
Physiotherapeuten für die Heimbehandlung behinderter Personen

Seit sechs Jahren steht der VERBAND DER DIPLOMIERTEN ASSISTENTEN FÜR PHYSIKALISCHE MEDIZIN ÖSTERREICHS mit dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger in Verhandlungen über einen Rahmenvertrag, der den freiberuflichen Physiotherapeutinnen bundesweit die gleichen Bedingungen einräumt.

Obwohl Anfang dieses Jahres endlich ein einvernehmlicher Vertragsentwurf vorlag, kam es in der Folge nicht zum Abschluß, weil von seiten einzelner Vertreter des Hauptverbandes neue Einwände erhoben wurden. Offenbar wird hier - unter Hinweis auf das Vorhandensein von Spitälern und Ambulatorien - ein echter Bedarf angezweifelt.

Tatsächlich aber handelt es sich bei den freiberuflichen Therapeuten um eine kleine, aber hochqualifizierte Berufsgruppe, die das Ziel verfolgt, auf ärztliche Zuweisung und auf Krankenscheinverrechnungsbasis behinderten Patienten durch physiotherapeutische Behandlung zu einer nachhaltigen Besserung ihres Zustandes zu verhelfen.

Derzeit werden Patienten, die nicht gehfähig sind, entweder länger im Spital belassen oder von zu Hause mit Ambulanzwagen zur Therapie in ein Ambulatorium befördert, wobei beides bekanntlich mit einem unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand verbunden ist.

- 2 -

Hinzu kommt, daß die Physiotherapeutische Behandlung in den Ambulatorien nach vorliegenden Informationen zu wünschen übrig läßt, weil den Patienten oft nur angelernte Hilfskräfte zur Verfügung stehen.

Im Interesse einer besseren medizinischen Betreuung behinderter Patienten sollte der extramuralen Therapie künftig ein höherer Stellenwert zugeordnet werden, womit im übrigen durchaus auch kostensparende Effekte (etwa bei den Spitalsbetten) erzielt werden könnten. Umso wichtiger erscheint nunmehr die Einbindung der freiberuflichen Therapeuten in ein entsprechendes Konzept des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu der oben aufgezeigten Problematik?
2. Sind Sie diesbezüglich mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung in Verbindung getreten - und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?